

Medienmitteilung vom 22. Januar 2014

Bürgerliche bewirken weitere finanzpolitische Destabilisierung Die Grünen bedauern das Nichteintreten der FIKO auf den Investitionsspitzenfonds

Die Grünen bedauern das Nichteintreten der Finanzkommission auf den Investitionsspitzenfonds. Die bürgerlichen Parteien leisten damit dem Anliegen gesunder Kantonsfinanzen einen Bärendienst. Die Aufhebung des Investitionsspitzenfonds wird die kontinuierliche Ausgestaltung der Investitionstätigkeit des Kantons Bern gegenüber heute zusätzlich erschweren. Die Grünen werden sich dafür einsetzen, dass der Antrag der Finanzkommission im Grossen Rat revidiert wird.

Der Fonds zur Deckung von Investitionsspitzen wurde geschaffen, um in finanziell guten Zeiten minimale Polster für die Realisierung dringend nötiger Investitionen in finanziell schwierigen Zeiten zu ermöglichen. Der Erfinder des Investitionsspitzenfonds, der ehemalige Finanzdirektor und heutige BDP-Nationalrat Urs Gasche, hatte das dabei angewandte Prinzip als „Vorsparen“ bezeichnet.

Der Investitionsspitzenfonds entspricht insofern einem Bedürfnis, als der Kanton Bern eine äusserst restriktive Schuldenbremse kennt. Im Gegensatz zu anderen vergleichbaren öffentlichen Gemeinwesen sieht die Berner Kantonsverfassung keine Bestimmung vor, welche bei einer schwierigen Konjunkturlage reale Chancen auf den Beschluss eines defizitären Voranschlags eröffnet; die dafür erforderliche 3/5-Mehrheit im Grossen Rat ist realistisch betrachtet praktisch unerreichbar. Dies hat zur Folge, dass in finanziell angespannten Zeiten ein hohes Risiko besteht, dass die Investitionen künstlich gekürzt werden, um einen Voranschlag ohne Neuverschuldung zu ermöglichen.

Das von der Finanzkommission gewünschte Ziel einer Verstetigung der Investitionen ist daher ohne die Möglichkeiten des Investitionsspitzenfonds gar nicht zu erreichen. Ohne Investitionsspitzenfonds wird das Investitionsvolumen in finanziell schwierigen Zeiten künstlich tiefgehalten werden müssen – und in besseren Zeiten mit Zusatzinvestitionen aufgebläht bzw. kompensiert werden. Die Ablehnung der Verlängerung des Investitionsspitzenfonds ist insofern ein schädliches Zeichen für eine transparente, kontinuierliche und nachhaltige Finanzpolitik.

Die Grünen werden sich dafür einsetzen, dass der Antrag der Finanzkommission im Grossen Rat revidiert werden kann und der Kanton Bern auch weiterhin das sinnvolle Instrument des Investitionsspitzenfonds nutzen kann. In der Verantwortung steht dabei auch Finanzdirektorin Béatrice Simon, welche als zuständige Regierungsrätin die Verantwortung für die finanzielle Entwicklung des Kantons Bern trägt.

Für weitere Auskünfte:

Blaise Kropf, Präsident Grüne Kanton Bern, Grossrat, 079 263 47 68

Natalie Imboden, Grossrätin, Mitglied Finanzkommission, 079 706 62 84